

„Jugoslawien ist nur der Anfang...“

Unter diesem Titel wird vom 12.-14.11.99 an der Humboldt - Universität Berlin ein Kongreß zur Analyse der politischen und ökonomischen Hintergründe des NATO-Einsatzes in der BR Jugoslawien veranstaltet werden. Ein Schwerpunkt wird auf Geopolitik und politischer Ökonomie liegen, wobei u. a. die Rolle

westlicher Geheimdienste zu diskutieren sein wird und die Frage, inwieweit hier die Weltwirtschaftskrise mit militärischem Mitteln fortgesetzt wurde und wird. Näher beleuchtet wer-

Sammel- surium



den soll auch die Situation in der kriegsführenden

BRD, die Zusammenhänge zwischen Aufrüstung, Sicherheitsstaat und Sozialabbau, die Rolle der Medien und die Strategien, den Krieg zu legitimieren. Weiterhin soll versucht werden, Möglichkeiten antimilitaristischer Arbeit und zivilen Widerstands aufzuzeigen. Insbesondere wird der Krieg auch unter dem Blickwinkel feministischer Gesellschaftskritik zu betrachten sein. Natürlich werden auch der Zerfall und die Perspektiven Osteuropas im Zusammenhang mit der Politik der ethnischen Entmischung dabei eine Rolle spielen.

Organisatorische Details wie Übernachtung und Verpflegung werden gerade geklärt, Kontaktadresse ist bis auf Weiteres der ReferentInnenrat (AStA) der Humboldt - Universität Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin; Tel.: 030 / 20 93-26 03, Fax: -23 96; e-mail: refrat@hu-berlin.de. Kommt!

Faust über „Zensur in der Informationsgesellschaft“

Wem unser Schwerpunktheft zu Zensur (FoR 2/99) noch nicht genug war, für den / die gibt's jetzt das Heft zum gleichen Thema von der FAUST. Die

KollegInnen aus Berlin beweisen in ihrer Ausgabe von August 99 mit einer Vielzahl an Artikeln, daß das Thema Zensur aktuell wie eh und je ist und sich in den späten Neunzigern in diversen Formen präsentiert, die weit über den klassischen Zensurbegriff hinausgehen.

Neben zwei Beiträgen zur Debatte um das politische Mandat von ASten finden sich Artikel über die englische BürgerInnenrechtsorganisation Article XIX, Aufsätze zum Kampf gegen Zensur in Polen, Kontrollmechanismen im Internet und zur Frage, wie Wirklichkeit durch bewußte Informationsweitergabe und -steuerung an Fernsehsender konstruiert wird – am Beispiel von Kriegsberichterstattung.

Besonders interessant ist der Artikel zum Berlin Document Center, welches seit 1994 nicht mehr der Kontrolle US-amerikanischer, sondern bundesrepublikanischer Behörden untersteht und Millionen von Dokumenten, u. a. die Personalunterlagen von 360 000 SS-Angehörigen verwaltet. Die immensen Schwierigkeiten, die Angehörigen der Enkelgeneration bereitet werden, wenn sie etwas über die Vergangenheit ihrer Großeltern erfahren wollen, werden als penibel gehütetes nationales Familiengeheimnis beschrieben, welche das altbekannte Schweigen als immer noch aktuelle Form der Verdrängung offenlegt.

Zu beziehen im linken Buchhandel oder direkt bei: FAUST, Marchstr. 6, 10587 Berlin

Macht Zukunft Spaß

So lautet der Titel des 22. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der vom Donnerstag, 28. Oktober bis Sonntag, 31. Oktober 1999 in Hannover stattfindet. Der BUKO nimmt die Internationale Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover (01.06.–31.10.2000) zum Anlaß, anhand der dort inszenierten Mainstream-Perspektive eine grundlegende Kritik an dieser zu entwickeln. Gegen den Herrschafts- und Fortschrittsdiskurs der EXPO soll ein Diskussionsforum für soziale und politische Bewegungen geschaffen werden, die für die Entwicklung solidarischer Lebenszusammenhänge kämpfen.

Die BUKO 22 ist in vier Foren organisiert, die jeweils in einzelnen Arbeitsgruppen zentrale Fragen, praktische Erfahrungen und Perspektiven diskutieren. Anknüpfend an zentrale Positionen des Konzepts „EXPO 2000“ wird am Freitag die kritische Bestandsaufnahme der herrschenden Verhältnisse im Vordergrund stehen. Am Samstag dreht sich die Diskussion um Zukunftsentwürfe „von unten“ und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Gäste u. a. aus Süd-

afrika und Mittelamerika wurden um Diskussionsbeiträge gebeten. Ort des Kongresses ist das Kulturzentrum „Pavillon“ in Hannover (Lister Meile 4).

Der Teilnahmebeitrag beträgt DM 80,- für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen und DM 110,- für andere TeilnehmerInnen. Fahrtkosten werden anteilig erstattet. Für Leute aus Hannover beträgt der Eintritt 50,- DM (keine Fahrtkostenerstattung). Zur Anmeldung bitte den Teilnahmebeitrag im voraus auf das Konto des BUKO überweisen: Konto-Nr. 234389 bei der Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37. Programmfaltblatt und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34; 22765 Hamburg; Tel.: 040 / 39 31 56; Fax: 040 / 39 07 52 0; e-mail: bukohh@t-online.de

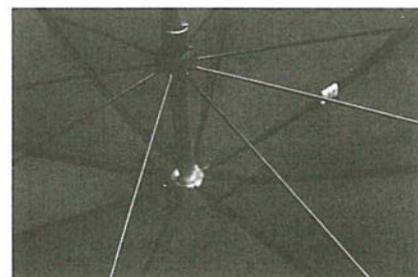
Aktualisierungen im Internet unter www.epo.de/buko/

Phantasie ist keine Straftat

Nach den Gelöbnix-Protessen am 20. Juli dieses Jahres (vgl. hierzu S. 142 dieses Hefts) rufen die JungdemokratInnen / Junge Linke zur Unterstützung der DemonstrantInnen auf, gegen die nun Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Der UnterstützerInnenaufruf richtet sich mit der Forderung, die Ermittlungsverfahren einzustellen, an die Staatsanwaltschaft und bittet um finanzielle Unterstützung für anstehende Prozeßkosten.

Unterschriften für eine Einstellung der Verfahren bitte an: JungdemokratInnen / Junge Linke, Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin, Fax: 030 / 24 72 97 47, e-mail: info@jungdemokraten.de

Spendenkonto für Prozeßkosten: JungdemokratInnen / Junge Linke, Kennwort „Operation Regenschirm“, Postgiro 100 100 10, Kto. 205 16 106 (Eventuelle Überschüsse werden proTotal – den Totalverweigererfonds – weitergegeben)



Postbananische Zustände

Unter diesem Motto lädt das Bündnis gegen Rechts Leipzig vom 22.-24.10 ein, um Nazidominanz in öffentlichen Räumen, kulturelle Hegemonie und die Möglichkeit linksradikaler und antifaschistischer Strategien zu diskutieren. Anmeldung: Bündnis gegen Rechts c/o VL, Postfach 54, 04251 Leipzig, Tel. 0177 / 59 31 62 8, montags 20.00–23.00 Uhr, Fax: 0341 / 30 11 32 69.

Polizei, Osterei – Innere Sicherheit auf dem Prüfstand?

Das Sommerloch. Der alljährliche Versuch, diese Leere aus Ereignislosigkeit und wetterbedingter Gedanken-trägheit irgendwann zwischen Juni und August mit spannenden Nachrichten zu füllen, ist meist nur mäßig erfolgreich. WM ist ja leider nur alle vier Jahre.

Nachdem also SPD-Abgeordnete sich ausgerechnet in ihrer eigenen Partei auf die Suche nach sozialdemokratischen Ideen gemacht und irgendwelche Nachwuchsrünen das hundertste Positionspapier zur Lage der Partei verbraten hatten; nachdem der Kampf um die Ladenschlußzeiten am Alexanderplatz als erste deutsche Revolution mit Erfolgsaussichten gehandelt wurde und selbst der Mörder von Remagen nicht mehr viel hergab – da schien es langsam so, als sei spannende Politik erst wieder nach den großen Ferien zu erwarten.

Zumindest so lange, bis endlich einige bayerische Ministerialbeamte mit dem ihnen eigenen Schneid auf den Plan traten, um nicht nur den Unterhaltungswert der tagespolitischen Diskussion, sondern gleich auch noch die Zukunft unseres Landes zu retten: unsere Kinder. „Am Schlafittchen in die Schule – Polizisten gegen Schulschwänzer“, meldete der *SPIEGEL* Nr. 29 über ein seit September letzten Jahres laufendes Pilotprojekt im Freistaat.

Das Konzept ist einfach: Speziell für diesen Zweck zusammengestellte Sondereinsatzkommandos der Polizei klappern vormittags Spielhallen, Kaufhäuser, Bahnhofsvorplätze und andere Orte ab, an denen kein Kruzifix an der Wand hängt. Stoßen sie auf Verdächtige – Jugendliche, Kinder und andere Halbstarke – werden diese im Namen des Volkes gefragt, ob sie denn nicht verdammt nochmal eigentlich in der Schule sein sollten. Die kleinen Racker haben daraufhin natürlich meist die Hosen so voll, daß sie sofort alles gestehen. Nachdem sie dann im Streifenwagen zur Schule gefahren und von den hilfsbereiten Kontaktbeamten direkt im Unterricht abgesetzt wurden, sind sie hoffentlich vor Eltern, LehrerInnen und MitschülerInnen ausreichend bloßgestellt worden um ihrer Schulpflicht in Zukunft etwas ernsthafter nachzukommen.

Kritische Stimmen werden nun im üblich weinerlichen Pädagogen-ton fragen, ob denn die armen Kleinen nicht vielleicht... – und damit lediglich deutlich machen, daß sie nicht begriffen haben welches Maß an krimineller Energie in der Nichtstuerie der kleinen Lauser steckt. Und vor allem, wo das noch hinführt, wenn denen nicht frühzeitig eine klare Orientierung gegeben



wird.

Schwerer

wiegen da schon die Einwände besorgter Citoyens, die berechtigterweise fragen werden, ob Innovationen im Erziehungswesen zu klaffenden Löchern im Netz der Inneren Sicherheit führen dürfen:

Wenn die Polizei SchulschwänzerInnen jagt, wer bekämpft dann das Organisierte Verbrechen?

Vielleicht die Kollegen und Kolleginnen vom Bundesgrenzschutz? An energischer Einsatzfreude dürfte es hier ganz sicher nicht mangeln, eher an der Zeit – seitdem sie nun nicht mehr allein die deutschen Grenzen, sondern auch noch Bahnhöfe und Bahnstrecken bundesweit sauber halten, haben die schließlich alle Hände voll zu tun.

Doch greifen wir doch einfach die vom Generalinspekteur der Bundeswehr Hans-Peter von Kirchbach ausgelöste, von SPD und CDU dankbar aufgenom-

mene Diskussion wieder auf – wenn sich einer zur Verbrechensbekämpfung eignet, dann ja wohl die Bundeswehr!

Jawoll, so wäre die entstandene Lücke im Sicherheitsapparat wieder gefüllt, und die Generalprävention ist auch ein Stück weiter – mit einem an-

ständigen Leopard II in der Hinterhand läßt sich das Wort Abschreckung endlich wieder bürgernah vermitteln.

Innenpolitisch also hochmodern, übersieht das Konzept aber leider aktuelle Trends in der deutschen Außenpolitik: Wenn die Landser auf Ganovenjagd sind, wer führt dann unseren nächsten Angriffskrieg?

Wer rettet dann die Menschenrechte, wenn nicht unsere Jungs?

Von wegen also, Schulschwänzen sei harmlos. Kommt Ihr mir nach Hause...
Tillmann Löhr, Göttingen.

**Sammel-
surium**

Stellenmarkt

Andere suchen das große Glück, Forum Recht sucht LayouterInnen

Wir bieten Dir

ein oder zwei MitstreiterInnen,
intensive Einarbeitung und Hilfe,
Lob und Tadel,
die Möglichkeit, das Erscheinungsbild von *Forum Recht* zu prägen und eine kleine Aufwandsentschädigung.

Eine Mitarbeit in der Redaktion wäre schön, ist aber keine Voraussetzung.

Deine Fragen beantwortet unsere Redaktionskoordinatorin Anna Luczak, Tel. 0761/47 48 27.

Hast Du schon erste Erfahrungen mit PageMaker/Quark XPress und Photoshop gemacht? Oder bist Du interessiert, sie jetzt zu machen? Kannst Du Dir vorstellen, fünf Wochenenden im Jahr zu opfern, um die Inhalte von *Forum Recht* gestalterisch umzusetzen? Studierst Du Jura oder bist Du an rechtspolitischen Fragen interessiert? Dann melde Dich bei uns!